

Antrag A1: Zeit für Veränderung. Für ein soziales Brandenburg. Widerstand gegen rechte Zeitenwende und Militarisierung. [Neufassung]

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	angenommen
Zusammenfassung der Änderungen:	Zeile 245 (Änderungsantrag A1-Ä01) - angenommen

1. Das Ergebnis der Landtagswahlen 2024 und der Bruch der Ampelkoalition im Bund – Zäsur und Herausforderung für Die Linke

Der 22. September 2024 markiert einen Wendepunkt in der Geschichte der Linken – zum ersten Mal seit 1990 sind wir in einem ostdeutschen Landtag nicht mehr vertreten. Die Wahlergebnisse der vorangegangenen Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen zeigen: die Lage ist dramatisch und sie ist nicht auf Brandenburg beschränkt. Die begonnenen und zum Teil schnell wieder beendeten Sondierungen und Koalitionsgespräche in den Ländern führen deutlich vor Augen: den Beteiligten geht es vor allem um Machtspielchen und die eigene Profilierung, kaum um gute Lösungen für das Land und soziale Sicherheit für die Menschen. Das ist erschreckend und wird in der Bevölkerung zu weiterer Politikverdrossenheit führen.

Der Bruch der Ampel im Bund markiert den vorläufigen Höhepunkt kollektiven Versagens und politischer Verantwortungslosigkeit in Regierung. Drei Jahre lang ließen SPD und Grüne die FDP als kleinsten Koalitionspartner weitgehend ungehindert ihre Klientelpolitik für Reiche und Superreiche betreiben – richteten ihr eigenes Agieren immer stärker am rechten Zeitgeist aus. Auch sie betrieben eine Politik der sozialen Kälte, der militärischen Aufrüstung, der Kürzungen im Sozialbereich und der Repression gegen Migrant:innen und Asylsuchende. Damit stärkten sie letztlich nur die AfD. Nun – fünf vor zwölf – zieht Kanzler Scholz endlich die Konsequenzen und beendet eine Regierungskoalition, die in allen zentralen Fragen versagt hat: bei der Sicherung und einem zukunftsfesten Ausbau der Sozialsysteme, bei der Klima- und Verkehrswende, bei der Integration, bei der Beseitigung des gigantischen Investitionsstaus in der öffentlichen Infrastruktur. Dass er dies zu einem Zeitpunkt tut, zu dem ein nicht beschlossener Haushalt 2025 die Existenz zahlloser sozialer und zivilgesellschaftlicher Projekte gefährdet, ist nur ein weiterer Ausdruck dieses Versagens.

31 Die CDU ist entschlossen, eine grundlegende Richtungswende herbeizuführen.
32 Mit dem ehemaligen Blackrock-Manager Merz an der Spitze will und wird sie
33 die Interessen des Kapitals und der Superreichen kompromisslos in den
34 Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Grüne und SPD haben in den vergangenen
35 Jahren bewiesen, dass in Sachen gesellschaftlicher Solidarität, sozialer
36 Gerechtigkeit und konsequenter Friedenspolitik kein Verlass auf sie ist.

37 WIR – Die Linke sind die Stimme der sozialen Gerechtigkeit. WIR stehen an
38 der Seite jener, die durch ihrer Hände Arbeit dafür sorgen, dass dieses
39 Land jeden Tag funktioniert und jener, die auf unsere sozialen
40 Sicherungssysteme angewiesen sind. WIR stehen für gute Löhne, armutsfeste
41 Renten, ein Bildungssystem, das gleiche Chancen für alle eröffnet, statt
42 Wege zu versperren, eine Energie- und Verkehrswende, die die Zukunft
43 unseres Planeten sichert, eine Gesundheitsversorgung, die erreichbar ist
44 und nicht dem Profit verpflichtet! Das unterscheidet Die Linke von den
45 ehemaligen Ampelparteien ebenso wie von den Turbokapitalisten der CDU.

46 WIR stellen uns gegen die Populisten aller Couleur, die Egoismen in den
47 Mittelpunkt stellen, Hass und Zwietracht säen und unterschiedliche
48 Lebensentwürfe und Menschen gegeneinander ausspielen.

49 Während andere Parteien Deutschland kriegstüchtig machen wollen, die
50 Grünen neue Rüstungsmilliarden fordern, SPD und CDU über die
51 Wiedereinführung der Wehrpflicht fabulieren und das BSW sich zum Erhalt
52 aller Bundeswehrstandorte und zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit der
53 Bundeswehr bekennt, sagen WIR: es braucht nicht Kriegstüchtigkeit –
54 sondern Friedensfähigkeit und Friedenswillen!

55 Die aktuellen Wahlergebnisse zeigen es deutlich: die Demokratie steht auf
56 dem Spiel und muss aktiv verteidigt werden. Diese Erkenntnis mobilisiert
57 viele Menschen – auch zum Aktivwerden in der Linken. Innerhalb eines
58 Jahres haben wir über 450 neue Mitglieder gewonnen – Die Brandenburger
59 Linke hat seit langer Zeit erstmals zum Jahresende mehr Mitglieder als zu
60 Jahresbeginn. Mehr als 10% der Mitglieder unseres Landesverbandes sind
61 neue Mitglieder. Dieses Potenzial müssen wir nutzen! Diese Entwicklung
62 zeigt: Die Linke wird gebraucht – und sie gewinnt wieder an Stärke!

63 Der Wiedereinzug der Linken in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke
64 am 23. Februar ist dabei unser erstes Etappenziel. In Brandenburg wollen
65 wir mit einem Zweitstimmenergebnis von deutlich über 5% unseren Beitrag
66 dazu leisten. Dafür werden wir mit unseren Kandidierenden in allen 10
67 Direktwahlkreisen und einer starken Landesliste kämpfen.

68 Wir setzen dabei vor allem auf den direkten Kontakt zu den

Brandenburgerinnen und Brandenburgern. Auf Basis der Erfahrungen aus dem Landtags- und Kommunalwahlkampf, wollen wir auch gemeinsam mit Neumitgliedern bis zur Bundestagswahl an 10.000 Haustüren geklingelt haben und die Menschen im persönlichen Gespräch zur Wahl der Linken ermutigen. Flächendeckend werden wir diese Konzepte nicht umsetzen können. Deswegen müssen in den Kreisverbänden regional geeignete Schwerpunkte identifiziert werden, an denen Potenzial zur (Rück-)Gewinnung von Wähler:innen in besonderem Maße erschlossen werden können. Dabei ist insbesondere auch die enge Anbindung an die kommunalpolitischen Aktivitäten und Aktiven vor Ort zu beachten. Nur so können wir die Wirksamkeit und Verlässlichkeit linker Politik wieder erfahrbar machen. Die Linke – das sind viele überzeugende Persönlichkeiten, und es fällt den Menschen leichter, uns zu vertrauen, wenn sie uns kennen.

2. Gesellschaftliche Alternativen entwickeln, Widerstand organisieren.

Wer gesellschaftliche Alternativen anbieten und durchsetzen will, muss zuerst sicherstellen, dass sie auch wahrgenommen werden. Dafür ist eine parlamentarische Vertretung ein wichtiges Element. Der Wiedereinzug in den Deutschen Bundestag in Fraktionsstärke ist in diesem Sinne ein erstes Etappenziel im Wiederaufbau der Linken und einer linken Gegenöffentlichkeit. Angesichts der vorgezogenen Neuwahlen müssen alle anderen Aufgaben bis Ende Februar hinter diesem Etappenziel zurückstehen.

Die Umstellung auf ausschließlich außerparlamentarische Arbeit auf der Landesebene ist eine riesige Herausforderung für den Landesverband. Der Verlust der Landtagsfraktion bedeutet einen erheblichen Verlust an öffentlicher (medialer) Sichtbarkeit, der nun auf anderen Wegen kompensiert werden muss. Dafür gilt es, Strategien zu entwickeln, bei denen wir an unsere Stärken anknüpfen und auf vorhandene Ressourcen zurückgreifen können. Bündnisse wie „Gerechtigkeit jetzt!“ während der Corona-Krise und die erfolgreiche Volksinitiative „Schule satt!“ sind zwei Beispiele für eine erfolgreiche Bündnisarbeit, an die es anzuknüpfen gilt.

Die Sicherung guter Arbeit und fairer Löhne, die Sicherung der sozialen Infrastrukturen und der freien Wohlfahrtspflege, die Fortführung der Volksinitiative im Falle einer Ablehnung durch den Landtag – all diese Themen haben keine originäre Vertretung mehr im Landtag und brauchen umso mehr außerparlamentarischen Druck. Wir müssen uns als zuverlässige politische Partnerin und Sprachrohr für diese Anliegen etablieren!

Die wirtschaftliche und finanzielle Situation in Brandenburg und die

Erkenntnisse aus den Koalitionsverhandlungen lassen unter einer SPD-BSW-Regierung einen Kahlschlag im Sozialbereich erwarten. Demokratievereine und zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort werden von der AfD aggressiv attackiert. Die Solidarität und die soziale Sicherheit werden angegriffen und damit das Fundament des Landes Brandenburg. Wir werden uns gemeinsam mit den Akteur:innen vor Ort vernetzen und ein Netzwerk etablieren, das den gemeinsamen Widerstand gegen diese Politik schafft. Es geht um die Rettung sozialer Institutionen und die Einforderung der Erfüllung staatlicher Pflichten. Der Druck muss von außerhalb des Parlamentes kommen und wir werden uns an die Spitze dieser Bewegung stellen.

Deshalb werden wir nach der Bundestagswahl Akteur:innen aus den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, der Klimabewegung, der Flüchtlingshilfe und antifaschistischer Initiativen zu einem Zukunftskongress einladen. Mit ihnen wollen wir konkrete Forderungen für eine solidarische, sozial gerechte und zukunftsfähige Gesellschaft diskutieren und gemeinsame Aktionsfelder und Projekte vereinbaren. Eine zentrale Rolle wird dabei der weitere Kampf um die Durchsetzung unserer gemeinsamen Volksinitiative „Schule satt!“ spielen, da sie offenbar keinen Eingang in den Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung gefunden hat. Der Schutz unserer Demokratie, der Kampf um eine friedliche Zukunft und der Einsatz für ein soziales Brandenburg, in dem niemand zurückgelassen wird, sind unsere zentralen Aufgaben. Diesen werden wir uns mit aller Kraft widmen – in jeder Kommune und überall im Land!

3. Die Linke – lebendig, aktiv und handlungsfähig vor Ort

Seit mindestens 15 Jahren verliert Die Linke in ihrer Herzkammer, dem Osten der Republik, bei Wahlen kontinuierlich und flächendeckend an Zustimmung. Lokale Erfolge, die es immer wieder gibt, können darüber nicht hinwegtäuschen. Die Europa- und Landtagswahlen 2024 haben gezeigt, dass Die Linke mittlerweile in allen ostdeutschen Flächenländern mit Ausnahme Thüringens in ihrer parlamentarischen Existenz bedroht ist. Der Verlust an Wählerstimmen und Mitgliedern ging mit einem deutlich spürbaren Rückgang von Ressourcen einher. Das bringt einen sukzessiven Rückbau von Parteistrukturen mit sich und führt vielerorts zu einer strukturellen Überlastung unserer Aktiven, insbesondere in ländlichen Regionen. Was die PDS und Die Linke einstmals stark gemacht hat, ihre Verankerung vor Ort, leidet unter dieser Entwicklung. In immer mehr Regionen ist die Partei derzeit nicht sichtbar und nur noch begrenzt arbeits- und aktionsfähig.

145 Auch wir haben diese strukturellen Probleme unterschätzt und nicht gelöst.

146 Das muss sich jetzt ändern! Für uns kommt es jetzt darauf an,
147 funktionierende Hochburgen zu stabilisieren und von diesen aus in die
148 Fläche zu agieren und zu wachsen. Das erfordert ein Höchstmaß
149 innerparteilicher Solidarität!

150 Seit Ende 2023 jedoch gibt es Grund zu vorsichtigem Optimismus. Erstmals
151 seit vielen Jahren wachsen erste Kreisverbände und der Landesverband
152 insgesamt und kontinuierlich. Der Bruch der Ampel im Bund und der Wahlsieg
153 von Donald Trump haben diese Dynamik noch einmal deutlich verstärkt. Die
154 gesellschaftliche Entwicklung und der massive Druck von Rechts
155 mobilisieren die Menschen, sich genau jetzt zu engagieren und es in der
156 Linken zu tun. Viele von ihnen haben das in den Wahlkämpfen dieses Jahres
157 bereits getan.

158 Für sie brauchen wir Angebote und Aktionsmöglichkeiten. Ebenso müssen wir
159 die durch das Ausscheiden aus dem Landtag entfallenden Anlaufpunkte und
160 Ressourcen kompensieren. Der Landesverband steht also vor tiefgreifenden
161 strukturellen Veränderungen, die durch den Landesvorstand und die
162 Kreisverbände aktiv gestaltet werden müssen. Die Neuaufstellung und
163 Stabilisierung des Landesverbandes erfordert die Erarbeitung einer
164 Gesamtstrategie bis 2029, die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der
165 Arbeitsfähigkeit der Kreisverbände sowie die Stabilisierung der
166 finanziellen Situation.

167 Dafür bedarf es eines gründlichen Diskussionsprozesses, in den möglichst
168 viele Genossinnen und Genossen einbezogen werden sollen. Der neue
169 Landesvorstand erhält den Auftrag, diesen Prozess gemeinsam mit den
170 Kreisverbänden zu organisieren. Er soll folgende Komponenten beinhalten:

- 171 • Bildung gemeinsamer Arbeitsgruppen aus Landesvorstand &
172 Kreisverbänden für die Bereiche Wahlanalyse, Arbeits- und
173 Kommunikationsstrukturen, Finanzierung der künftigen Arbeit des
174 Landesverbandes & der Kreisverbände; Konkretisierung der
175 Aufgabenstellung für die einzelnen Arbeitsgruppen
- 176 • Erarbeitung eines Strukturkonzepts zur Aufgabenpriorisierung und
177 Aufgabenaufteilung zwischen Landesverband und Kreisverbänden; in
178 diesem Rahmen soll eine Schwachstellen-Potenzial-Analyse erstellt
179 werden
- 180 • Erarbeitung einer langfristigen Finanzplanung, einer Überarbeitung
181 des Plans der Abführungen und eines Finanzierungskonzeptes für die
182 Wahlkämpfe 2029

- 183 • Erarbeitung von Konzepten zur (Neu-)mitgliederaktivierung & -
184 einbindung und Stärkung unserer Öffentlichkeitsarbeit &
185 innerparteilichen Kommunikation

186 Die ersten Ergebnisse der Arbeitsgruppen sollen im Rahmen einer
187 Aktiventagung vor der Sommerpause 2025 beraten und im Weiteren zu einer
188 Beschlussvorlage für die 3. Tagung des 9. Landesparteitages im Herbst 2025
189 zusammengefasst werden.

190 In die Arbeit einbezogen werden sollen strukturelle Überlegungen auf der
191 Ebene der Kreisverbände, die aus den Erfahrungen der Zusammenarbeit in den
192 Wahlkämpfen und zur Absicherung ihrer Handlungsfähigkeit über engere
193 Zusammenarbeit und Fusionen nachdenken. Diese Prozesse soll der neue
194 Landesvorstand aktiv unterstützen und im Rahmen der strukturellen
195 Überlegungen für den Landesverband insgesamt berücksichtigen.

196 Der hier beschriebene Prozess benötigt Zeit, enthebt uns jedoch
197 insbesondere mit Blick auf die Bundestagswahlen nicht der Notwendigkeit,
198 bereits jetzt erste Maßnahmen zur Sicherung und Stärkung unserer
199 Handlungsfähigkeit und öffentlichen Sichtbarkeit umzusetzen:

- 200 • Der neue Landesvorstand wird die aktuelle Dynamik nutzen und in
201 Absprache mit den Kreisverbänden eine Neumitgliederwerbekampagne
202 starten. Es muss in den kommenden Wochen gelingen, möglichst viele
203 Mitglieder in Aktion zu bringen und geeignete Angebote zu
204 unterbreiten. Es muss gelten: „Wo ein Genosse ist, ist die Partei.“
205 und wird sichtbar, egal ob über das direkte Gespräch, den Infostand
206 oder die Flyer-Aktion. Das heißt, unsere Genoss:innen müssen vor Ort
207 über Aktionsformen entscheiden können, die ihren Möglichkeiten und
208 Interessen entsprechen. Dafür muss ihnen das notwendige Know-How und
209 geeignete Arbeitsmittel zur Verfügung stehen. Wir müssen den Raum
210 geben, Aktionsformen auszuprobieren und neue Wege zu gehen,
211 insbesondere dort, wo sich neue Mitglieder und Strukturen finden und
212 bilden.

213

- 214 • Um die Aktionsfähigkeit der Kreisverbände zu stärken, Wege zu
215 verkürzen und spontane Aktionen zu erleichtern, werden in Abstimmung
216 mit den Kreisverbänden kurzfristig 3-4 regional verteilte Stützpunkte
217 im Land aufgebaut, die eine Grundausstattung an Tontechnik,
218 Großwerbemitteln (Stellwänden, Rollups etc.) für die unkomplizierte
219 Durchführung von Veranstaltungen und Aktionen bereitstellen.

220

- 221 • Die Initiative zur Gründung eines außerparlamentarischen
222 Arbeitskreises unter Mitwirkung bisheriger Landtagsabgeordneter und
223 Mitarbeiter:innen soll der neue Landesvorstand nutzen, um
224 insbesondere die Arbeit von Landesregierung und Landtag kritisch zu
225 begleiten und gemeinsam eigene landespolitische Initiativen zu
226 entwickeln.
- 227
- 228 • Die Arbeit der aktiven Landesarbeitsgemeinschaften soll gestärkt und
229 der inhaltliche Austausch in diesem Rahmen intensiviert werden. Die
230 Landesarbeitsgemeinschaften werden gebeten, ihre Fachkompetenzen
231 intensiver in die Diskussionsprozesse auf Landes- und Kreisebene und
232 in die Entwicklung konkreter Projekte einzubringen. Der neue
233 Landesvorstand soll diese Anregungen und Initiativen aufgreifen und
234 kontinuierlich in seine Arbeit einbeziehen.
- 235
- 236 • Die in den vergangenen Jahren begonnene Vernetzung der Fraktionen
237 auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden werden wir intensivieren.
238 Der neue Landesvorstand wird hierzu gemeinsam mit den aktiven
239 Kommunalpolitiker:innen ein neues Netzwerk aufbauen, um so den
240 Austausch und die gemeinsame Planung zu erleichtern und landesweites
241 politisches Agieren zu ermöglichen. Vorhandene Kompetenzen wollen wir
242 nutzen, um auch kurzfristige kommunalpolitische Beratung zu
243 individuellen Fragestellungen über eine zentrale Ansprechstelle zu
244 ermöglichen. Wir fordern unsere Kreis- und Ortsverbände auf, die
Zusammenarbeit mit unseren Fraktionen, insbesondere auch die
gemeinsame Entwicklung von Initiativen und Anträgen und eine
gemeinsame Kommunikation nach außen zu intensivieren, auch und gerade
dort, wo Fraktionen auch oder mehrheitlich aus Nicht-Mitgliedern der
- 245 • Linken bestehen.
- In den vergangenen Wahlkämpfen unterstützten Berliner Genoss*innen unsere
Aktivitäten nach Kräften. Dafür sind wir dankbar. Auch inhaltlich gab es bei
übergreifenden Themen gerade zwischen Landtags- und
Abgeordnetenhausfraktion eine enge Abstimmung mit guten Ergebnissen. Diese
Zusammenarbeit mit dem Berliner Landesverband und der
Abgeordnetenhausfraktion muss gesichert und intensiviert werden. Hierzu wird
der Landesvorstand eine Person benennen, deren Aufgabe es sein wird, eine enge
Bindung zum Berliner Landesvorstand zu halten und wir werden bei diesem dafür
werben, dies ebenfalls zu tun.
- 246 Dieses Land braucht ein linkes politisches Angebot, eine Stimme für

247 Solidarität und Gerechtigkeit, eine Partei, die sich gegen die Interessen
248 des Kapitals stellt und an der Seite derer steht, die mit ihrer täglichen
249 Arbeit unser aller Leben ermöglichen. Dieses Land braucht eine Partei, die
250 konsequent gegen den Krieg als Mittel der Politik, gegen Hass, Ausgrenzung
251 und Faschismus steht. Die Linke kämpft darum, das in den letzten Jahren
252 verloren gegangene Vertrauen der Bürger:innen zurück zu gewinnen. Das wird
253 nur gelingen, wenn wir uns aktiv dem Erneuerungsprozess unserer Partei
254 stellen.

255 Unsere Gesellschaft braucht ein linkes Angebot – WIR wollen es sein!